

sprechender Umlieferung wäre vielleicht immerhin ein Auskommen möglich gewesen. Da kam die staatliche Umwälzung. Das Ostrau-Karwiner Revier, auf das schon im Frieden die Gaswerke mit mehr als 80 Prozent ihres Bedarfes angewiesen waren, kam in Feindeshand. Die Zufuhren hörten ganz auf, die Werke mußten von dem ohnehin knappen Lager zehren. Durch die Verordnung vom 4. Dezember 1918 mußte eine außerordentliche Einschränkung der Gaslieferung, von der insbesondere die Haushaltungen auf das allerempfindlichste betroffen wurden, erfolgen. Bitten und Vorstellungen bei der tschecho-slowakischen Regierung führten Mitte Dezember zu einer Vereinbarung, nach der die städtischen Gaswerke fördertäglich zunächst 155 und später 275 Normalwaggons erhalten sollten. In Wirklichkeit haben sie niemals auch nur entfernt die zugesagte Menge bekommen. Es wurde vom Staatsamt für öffentliche Arbeiten und von der Gemeinde kein Mittel unversucht gelassen, um die Kohlenzufuhr zu heben, die Abbrödelung des Vorrates, wenn schon nicht ganz zu verhindern, so doch so viel als möglich zu verlangsamen. Noch vor kurzem bestand ein Schimmer der Hoffnung, daß die Gasversorgung in dem bisherigen, ohnehin äußerst beschränkten Maße aufrechterhalten sein wird. In den letzten Tagen trat aber ein außerordentliches Nachlassen in der Kohlenzufuhr ein. In der Zeit vom 10. März bis heute betrug der durchschnittliche Tageseinkauf nicht einmal die Hälfte des Tagesverbrauches. Da eine Aussicht auf Verbesserung in der aller nächsten Zeit nicht vorhanden ist, der nutzbare Vorrat der Gaswerke aber äußerst gering geworden ist, so müssen weitere Einschränkungen in der Gasabgabe vom Staatsamt verfügt werden.

Anschließend an diese Ausführungen schilderte Oberberggrat Dr. Klotz die unaufhörlichen Bemühungen der Regierung und des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten, die Betriebe der Gemeinde Wien ausreichend mit Kohlen zu versorgen. Er verwies darauf, daß es zwar gelungen sei, den Elektrizitätswerken zu helfen, daß aber den Gaswerken, die ausschließlich auf Ostrauer Kohle angewiesen sind, durch die staatlichen Behörden wenig geholfen werden könne, da das Staatsamt auf die Gruben, die außerhalb des Staatsgebietes liegen, keinen wirklichen Einfluß üben könne.

Magistratsrat Dr. Fastenbauer betonte, daß die Einschränkung des Gasverbrauches eine erhöhte Inanspruchnahme der Hausbrandkohle zur Folge haben werde, daß aber wegen der dauernd geringen Zuschüsse eine bessere Versorgung der Haushalte mit Hausbrandkohle ausgeschlossen sei.

Direktor Karel von den städtischen Elektrizitätswerken berichtete, daß die augenblickliche Lage in diesem Unternehmen sich etwas gebessert habe, daß aber von einem Abbau der gegenwärtigen, gleichfalls außerordentlich drückenden Sparmaßnahmen dormalen keine Rede sein könne.

An die Berichte schloß sich eine mehrstündige Debatte an, der sich alle Mitglieder des Stadtrates beteiligten und in der verschiedene Anregungen und Anträge gestellt wurden, die in den endgültigen Beschlüssen Berücksichtigung fanden. Bei der Abstimmung wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

#### Die neuen Einschränkungen.

Vom 26. d. an ist die Verwendung von Gas nur gestattet: 1. Den Krankenanstalten; 2. den Kriegs-, Gemeinschafts- und Volksschulen; 3. den Selchern und Bäckern zur Erzeugung von Nahrungsmitteln in den Arbeitsräumen sowie den Gastwirten für ihre Betriebsräume (bei letzteren mit der Einschränkung bis 8 Uhr abends); 4. den Neraten in ihren Ordinationsräumen und den Apothekern in ihren Verkaufsräumen und Arbeitsräumen; 5. den Druckereibetrieben; 6. jenen Haushaltungen, die keinen Herd für feste Brennstoffe besitzen, im Ausmaß von

höchstens 2 Kubikmeter täglich; 7. für Beleuchtung der Stiegenhäuser.

Die Sperrstunde für Gasthäuser wird einheitlich mit 8 Uhr festgesetzt.

Die interalliierte Kommission wird dringendst ersucht, mit aller Energie dahin zu wirken, daß die Wiener städtischen Gas- und Elektrizitätswerke sowie auch die Haushaltungen, sofern es sich um Küchenbrand handelt, sofort mit den im Dezember 1918 von der tschecho-slowakischen Regierung zugesagten Mengen beliefert werden, damit diese die gesamte Bevölkerung der Stadt so außerordentlich hart treffenden Maßregeln ehestens wieder aufgehoben werden können. Die interalliierte Kommission wird weiter dringend ersucht, alle Maßnahmen zu treffen, die die Schaffung eines entbrechenden Kohlenvorrates für den Winter 1919/20 sicherstellen.

Das Gemeinderatspräsidium wird ersucht, diese Beschlüsse persönlich den in Wien weilenden Mitgliedern der interalliierten Kommission zu überreichen.

Es wurde ferner noch ein Antrag des Stadtrates Dr. Kienböck auf Einstellung der öffentlichen Gasbeleuchtung an jenen Orten, wo zur Beleuchtung auch elektrischer Strom verwendet wird, und ein Antrag des Vizebürgermeisters Hof auf Forderung nach Einführung der Sommerzeit ab 1. April angenommen.

Von einer weiteren Einschränkung der öffentlichen Beleuchtung, die angefragt wurde, wurde aus Gründen der öffentlichen Sicherheit abgesehen.

Für den Fall, daß die in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Tat werden müssen, werden die Gasmesser behördlich gesperrt werden. Die Vorbereitungen sind derart getroffen, daß die Durchführung in allen Bezirken gleichzeitig begonnen wird.

#### Oberberggrat Klotz über die Ursache der Katastrophe.

Der Leiter des Kohlendepartements im Staatsamt für öffentliche Arbeiten Oberberggrat Dr. Rudolf Klotz äußerte sich zu der katastrophalen Wendung in der Kohlenversorgung zu einem unserer Mitarbeiter folgenderweise:

„Die neuerliche Einschränkung des Gasverbrauches kommt nachgerade einer Einstellung gleich. Die Ursache dieser bedauerlichen Maßnahme liegt darin, daß die Gas Kohle aus Mährisch-Ostrau in letzter Zeit in gänzlich unzureichender Menge eintraf, so daß der Kohlenbedarf der städtischen Gaswerke selbst bei den bisherigen verschärften Sparbestimmungen kaum zu einem Drittel gedeckt war. Da aber die Gas Kohle eine besondere Qualitätskohle darstellt, die durch keine andere Kohlenart ersetzt werden kann, so ist den Gaswerken leider nicht zu helfen. Hilfe könnte nur ein bedeutend stärkerer Kohleneinkauf aus Mährisch-Ostrau bringen. Das Staatsamt ist momentan mit den dortigen Unternehmungen außer Fühlung, da eine telegraphische Anfrage noch unbeantwortet blieb und die Telefonverbindung gestern nicht zustande kam. Die letzten Nachrichten besagen, daß in den bolschischen Teilen des Reviers vollständig gestreift wird und auch in einzelnen tschechischen Schächten die Arbeit ruht. Ob der verringerte Einlauf ausschließlich auf den Streik zurückzuführen ist, steht noch nicht fest.

Im übrigen lassen sich die Kohlenaufschübe etwas günstiger an. Die aus Deutschböhmen gelieferte Hausbrandkohle läuft allerdings spärlich ein. Eingegangen sind die für die Bahnen bestimmten Zuschüsse beträchtlicher, was sich vielleicht teilweise durch eine Intervention der Entente erklärt, und auch die Kohlenzufuhren für die städtischen Elektrizitätswerke sind etwas reichlicher geworden. Gleichwohl kann an eine Aufhebung oder Vinderung der verschärften Sparmaßnahmen heute noch nicht geschritten werden. Dies wäre erst erwäbar, wenn der Einlauf einige Tage hindurch sich auf einer Höhe hielt, durch die der Bedarf, wie er vor Inkraft-

#### Eine Beleuchtungskatastrophe.

Von dem neuen Unglück, das unsere Stadt nunmehr trifft, läßt sich schwer ein Bild machen; in drei Tagen wird den privaten Haushaltungen der Gasverbrauch einfach gestoppt. Zehntausende Familien werden nun, sobald die Sonne untergegangen ist, im Dunkeln sitzen; weder zu Beleuchtung noch zu Heizungs-zwecken darf künstlich Gas in Privathaus-haltungen verbraucht werden, und auch zu Zwecken der Nahrungsbereitung wird der Verbrauch nur jenen Haushaltungen gestattet, in deren Wohnung sich „kein Herd für feste Brennstoffe“ befindet, und deren Zahl von Null nicht weit entfernt sein dürfte.

Was alle diese Maßnahmen angesichts des Mangels an Petroleum zu Beleuchtungs- und des Mangels an Kohle zu Heizzwecken bedeuten, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die Entbehrungen, die uns auferlegt sind, werden damit die Grenze des überhaupt Erträglichen erreicht, wenn nicht überschritten haben.

Ueber die Beschlüsse des Stadtrates in dieser Frage wird nachstehender Bericht ausgegeben:

#### Achtuhr-Schluß der Gasthäuser, keine Gasbenützung für Haushalte.

Gestern vormittags trat, wie berichtet, der Stadtrat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, in der über die gegenwärtige kritische Lage der städtischen Gaswerke beraten wurde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner stellte fest, daß die Lage der städtischen Gaswerke durch die andauernd schlechten Zufuhren sich äußerst bedenklich gestaltet habe und daß dadurch neuerlich eine weitestgehende Einschränkung der Gasabgabe erforderlich geworden sei. Der Stadtrat sei hierdurch in eine Situation geraten, wie sie schwieriger zu keinem früheren Zeitpunkt zu finden war.

#### Der Bericht des Direktors Menzel.

Direktor Menzel von den städtischen Gaswerken erstattete hierauf einen längeren Bericht über die Kohlenversorgung des Unternehmens, in dem er unter anderem sagte:

Die städtischen Gaswerke mußten schon während des Krieges um die zur Deckung des Gasbedarfes notwendige Kohlenmenge schwer kämpfen. Bis zum Jahre 1918 gelang es, ohne besonders fühlbare Beschränkungen der Gasabgabe Kohlenbedarf und Kohlenzufuhr halbwegs im Gleichgewichte zu erhalten. Im Jahre 1918 trat eine sehr bedeutende Verschlechterung der Lage ein, die wiederholt auch den Stadtrat beschäftigt hat. Der Kohlenvorrat war vor dem Winter 1918/19 außerordentlich knapp, aber bei halbwegs ent-

treten der neuen Sparmaßnahmen bestand, gedeckt wäre, so daß Reservenvorräte angesammelt werden könnten.“